

Sparen, Stellen schaffen, Säbelrasseln

2006 soll ein „nützliches Jahr“ werden

Medard Ritzenhofen*

» Nach den Unruhen setzt Frankreich auf Ruhe an den Schulen und auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Europapolitische Vorstöße von Jacques Chirac zugunsten von „Pioniergruppen“ und einer „force de frappe“ für ein „starkes Europa“ stoßen auf wenig Gegenliebe.

Jedem Anfang – selbst dem routinemäßigen – wohnt ein Zauber inne. Wie sonst wäre der unerschütterliche Optimismus zu erklären, den der französische Präsident und diverse Elysée-Prätendenten in ihren rituellen Neujahrswünschen an den Tag legten. Als ob sich mit dem ersten Kalenderblatt eine neue politische Seite aufschlagen ließe, wurde ein Jahr begrüßt, wie es viel versprechender nicht sein könnte: „une année utile, une année d’engagement, de vérité, de détermination et de courage“ (Dominique de Villepin).

Doch das vergangene „annus horribilis“ (Jacques Julliard), das schwärzeste Jahr, das Frankreich seit langem erlebt hat, wirft seine Schatten auch auf die Zukunft. Der Europäischen Union sitzt die kalte Dusche vom 29. Mai 2005 noch in den Knochen, die ihr mit dem abschlägigen französischen Referendum zum Verfassungsvertrag verabreicht wurde. Dass Frankreich als europäische Pioniernation selbst wie ein begossener Pudel da steht, ist dabei noch das kleinste Malheur. Indem es einer Konstitution der EU die Zustimmung verweigerte, stürzte es die Gemeinschaft der 25 in eine institutionelle Krise, deren Lösung noch in weiter Ferne liegt. Von Jacques Chiracs Vorschlag, einzelne unstrittige Elemente aus der Verfassung herauszupicken, um sie im Rahmen der bestehenden Verträge in Kraft zu setzen, wollen weder das Europaparlament noch die 13 Staaten etwas wissen, die bereits dem Verfassungsvertrag zugestimmt haben. Chiracs selektives Notprogramm

mag gut gemeint sein, doch bleibt dabei jene ambitionierte Europa-Idee auf der Strecke, für die sich vor allem Paris immer stark gemacht hat.

Dass Europa trotzdem nicht am Boden liegt, belegt der zu Beginn des Jahres unterzeichnete Vertrag für den Bau der ersten Satelliten des Navigationssystems Galileo. Mit diesem industriepolitischen Großprojekt, das dem amerikanischen Global Positioning System (GPS) den Rang ablaufen soll, führt Europa vor, wozu es fähig ist, wenn es mit einer Stimme spricht. Dass auch die Kunst des Kompromisses noch nicht völlig verlernt wurde, illustrierte der EU-Gipfel Mitte Dezember. Dank der besonnenen Moderation von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ein beachtliches Entrée auf dem Brüsseler Parkett hatte, einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Finanzplan bis 2013. Das Europaparlament, das einen Monat später den Haushalt ablehnte, deckte dann aber die Schwäche des Minimalkompromisses auf. Zu Recht monieren die Abgeordneten, dass weiterhin der größte Teil des EU-Budgets für Agrar- und Regionalsubventionen verwendet wird. Mit diesen Etatposten werden weder Arbeitsplätze geschaffen noch Bildung und Forschung gefördert. Auch wenn sich Straßburg letztlich mit Brüssel arrangieren wird, in den kommenden Finanzrunden wird es vor allem Frankreich sein, das bei der viel zu üppigen Subventionierung seiner Landwirtschaft kürzer treten müsste.

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

Armutszeugnis für die Schule

Frankreich hat 2005 nicht nur seinen guten europäischen Ruf aufs Spiel gesetzt, spätestens mit den schweren Ausschreitungen der Banlieue-Jugend im Spätherbst ist auch sein Nimbus als Einwanderungsland angeschlagen. Die dreiwöchige Gewaltwelle der aus der Immigration stammenden jungen Franzosen stellte sowohl das Integrations- als auch das Schul- und Sozialmodell infrage. Damit geht es um die Identität Frankreichs. Über kurz oder lang wird sich das Schicksal der Republik in den Banlieues entscheiden. Das, was das französische Staats- und Gesellschaftsmodell auszeichnet, die Laizität, die Chancengleichheit, die Schule als soziales Sprungbrett und das Streben nach Exzellenz findet in den zahlreichen sozialen Problemvierteln kaum Anwendung, ganz zu schweigen vom Kontrast zwischen der sprichwörtlichen französischen Lebenskunst und den Realitäten in den unwirtlichen Trabantenstädten.

Die urbanen Randzonen der Städte rückten zwar für eine gewisse Zeit ins Zentrum des öffentlichen Interesses, doch seitdem sich die Lage in den Vorstädten wieder normalisiert hat, sind diese auch wieder von der politischen Agenda verschwunden. Einen Masterplan für die „crise des banlieues“ kann es ohnehin nicht geben. Weder wird man die hässlichen Betonburgen alle abreißen können, noch lässt sich eine größere soziale Mischung der Bevölkerung in den verfallenen Cités erzwingen. Trotzdem überrascht die routinierte Nonchalance, mit der die Regierung eine Krise abhakte, auf deren Höhepunkt sie den Ausnahmezustand verhängte. Nachdem die Bürgermeister in den brennenden Cités nur sparsam Gebrauch von den nächtlichen Ausgangssperren gemacht hatten und die Silvesternacht mit „nur“ 424 angezündeten Autos vergleichsweise ruhig verlaufen war, hob die Regierung das Notstandsrecht zu Beginn des Jahres früher, als anfangs geplant, wieder auf.

Mit dem Ende des „état d'urgence“ scheint auch die Dringlichkeit einer einschneidenden Kurskorrektur in der Vorstadtpolitik verflogen zu sein. Untätig blieb die Regierung allerdings nicht. Da das Bildungssystem mit der Integration eines Teils der Jugend in die Republik überfordert ist,

werden die Eltern in die Pflicht genommen. Erziehungsberechtigte, die ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen, müssen damit rechnen, dass ihnen vorübergehend die Familienhilfe gestrichen wird. Mit dem „contrat de responsabilité parentale“, der bei offensichtlicher Nichtbeachtung finanzielle Einbußen nach sich zieht, hofft man, alltägliche Missstände wie Vandalismus, Schulschwänzen, Disziplinlosigkeit einzudämmen. Zur Prävention von Gewaltakten, von denen im letzten Schuljahr 80 000 registriert wurden, erwägt Erziehungsminister Gilles de Robien ständige Polizeibereitschaften in besonders betroffenen Schulen einzurichten. Die Schule, die den Rahmen bildet für das „erste Rendezvous mit der Republik“, so der Premierminister, war immer der besondere Stolz Frankreichs. Dass die Nation bei der Disziplinierung des Nachwuchses sich nun der Polizei sowie der überwachten Hilfe der Eltern vergewissern muss, ist ein Armutszeugnis für das staatliche Bildungssystem.

Neue Arbeitsverträge

Der tiefere Grund für die Gewaltexplosion bei der Banlieue-Jugend liegt in deren sozialer und beruflicher Perspektivlosigkeit. Fast jeder vierte Jugendliche in Frankreich hat keinen Job. Die konstant hohe Jugendarbeitslosigkeit von 23 Prozent kommt einem Offenbarungseid des französischen Sozialmodells gleich. In den alten EU-Staaten bietet nur Italien jungen Leuten noch schlechtere Zukunftschancen. Da ist es schon viel wert, dass Premierminister Dominique de Villepin der „bataille de l'emploi“ nicht nur das Wort redet, sondern auch in die Offensive geht. Im August 2005 sollte sein Projekt „Contrat nouvelles embauches“ (CNE) kleine Unternehmen bis zu 20 Beschäftigten über eine Lockerung des Kündigungsschutzes zu mehr Neueinstellungen animieren. Seitdem wurden, laut Regierung, insgesamt 280 000 CNE unterzeichnet.

Mit dem flankierenden „Contrat première embauche“ (CPE), der sich an Jugendliche unter 26 Jahren wendet, hat die Regierung nun nachgelegt. Dieser „erste Arbeitsvertrag“ neuen Typs garantiert Entlohnung nach Tarif sowie Anrech-

nung von Praktika und Ausbildungszeiten auf eine zweijährige Probezeit. Allerdings können die Jugendlichen, wie schon beim CNE, nun auch in größeren Betrieben innerhalb der ersten zwei Jahre ohne Angaben von Gründen entlassen werden. Diese Flexibilisierung der Einstellungsbedingungen geht auf Kosten des traditionellen Arbeitsvertrages CDI (Contrat à durée indéterminée), der eine schnelle Entlassung nur in den ersten drei Monaten erlaubt. Führt die „beispiellose Deregulierung des Arbeitsmarktes“ (*Le Monde*) zu einem „Liberalismus à la française“ (*Le Nouvel Observateur*)? Heftige Kritik von Seiten der Gewerkschaften und der linken Opposition ließ jedenfalls nicht lange auf sich warten. Doch haben nicht einmal die pragmatischen unter den Sozialisten ein realistisches Alternativmodell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit anzubieten.

Dominique de Villepin weiß sich umso mehr auf dem richtigen Weg, als die Arbeitslosigkeit seit seiner Regierungsübernahme im Juni 2005 leicht rückläufig ist. Mit derzeit 9,6 Prozent

der aktiven Bevölkerung hat sie sich von der Zehn-Prozent-Angstschwelle abgesetzt. Optimisten nehmen die 9-Prozent-Marke ins Visier. Es gibt jedoch genug kritische Stimmen, die darauf hinweisen, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit vor allem dem Eintritt starker Jahrgänge ins Rentenalter sowie der massiven Schaffung von Hilfsjobs im öffentlichen Dienst geschuldet ist. Die Statistik entlastet hat auch der Anstieg (+ 6,2 Prozent) der Empfänger des Mindesteinkommens RMI (Revenu minimum d'insertion). Diese verfügen zwar über keine reguläre Arbeit, werden aber nicht mehr als Arbeitslose geführt. Nach dem Motto „il vaud mieux un emploi aidé qu'un chômeur assisté“ erscheinen staatliche Beschäftigungsinitiativen umso eher geboten, als die französische Wirtschaft mit ihrem schlaffen Wachstum von 1,6 Prozent (2005) kaum auf den Arbeitsmarkt einwirken kann.

Der Rückgang der Beschäftigungslosigkeit steht, abgesehen von der demographischen Entwicklung, mit der die Baby-Boom-Generation

sich aus dem Arbeitsleben zurückzuziehen beginnt, auf wackeligen Beinen: Auf der einen Seite sind Kündigungen leichter geworden, auf der anderen Seite legt sich der Staat mit seinen Hilfsprogrammen schwer ins Zeug. Der Premierminister kann sich jedoch zugute halten, nicht die Hände in den Schoß zu legen. Wie kaum einer versteht er sich darauf, Zuversicht zu verbreiten. Von den „déclinologues“, die aus dem Niedergang Frankreichs ein eigenes literarisches Genre gemacht haben, will er nichts wissen. Lieber schießt er in der Zielsetzung weit über das Mögliche hinaus. Da die gegenwärtige Staatsverschuldung von 1,1 Billionen Euro nicht hinnehmbar sei, will der Premierminister einen harten Sparkurs fahren, damit Frankreich 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könne. Angesichts des Rekorddefizit von

„23 Prozent Jugendarbeitslosigkeit kommt einem Offenbarungseid des französischen Sozialmodells gleich.“

50 Milliarden beim Budget für das laufende Jahr „un déficit zéro“ innerhalb von fünf Jahren anzupeilen, ist so toll-dreist, dass es allemal für Schlagzeilen sorgt. Dass de Villepin sein Vorhaben weder präzierte,

noch 2010 als Premierminister für Rückfragen zur Verfügung stehen wird, ist eher von untergeordneter Bedeutung.

Abgesehen von den Phasen der Cohabitation ist kein Premierminister so selbstbewusst und staatsmännisch aufgetreten wie Dominique de Villepin. Dem Regierungschef und nicht dem Präsidenten oblag es, auf dem Höhepunkt der Banlieue-Unruhen den Notstand auszurufen. Nicht Chirac, sondern de Villepin machte der neuen Bundesregierung in Berlin Frankreichs Aufwartung, wobei er sich – ganz homme d'Etat – zu einem „europäischen Patriotismus“ bekannte. Die elegante Autorität, mit der sich der Regierungschef vorteilhaft von seinen Vorgängern, dem jovialen Raffarin, dem hölzernen Jospin und dem kalten Juppé abhebt, schlägt sich in dem wachsenden Ansehen des Premierministers nieder. An Dominique de Villepin ist nicht mehr vorbeizukommen, wenn es um die Frage nach dem künftigen Präsidenten Frankreichs geht.

Chiracs nukleare Warnung

Kaum gefragt ist dagegen der noch über ein Jahr amtierende Staatschef. Jacques Chirac steht im Abseits. Das Non seiner Landsleute zum EU-Vertrag war ein schwerer Affront für den Neogaullisten: Chirac hat die illustre Tradition der französischen Präsidenten als große Europäer abreißen lassen. Mit de Gaulle, Giscard d'Estaing und Mitterrand kann sich Chirac nicht messen. Doch war der 29. Mai auch die Quittung für einen Politiker, der sich nie mit ganzer Seele der Europa-Idee verschrieben hat. Gesundheitliche Probleme haben zusätzlich am Bild des scheinbar Unverwundlichen gekratzt. Während die Banlieues brannten, hielt sich der Elysée-Palast bedeckt. Kein Wunder, dass mancher Beobachter den Staatspräsident bereits im Vorruhestand wählte.

Doch in ihm „un chef de l'Etat honoraire“ (*L'Express*) zu sehen, heißt, sich in diesem „animal politique“ zu täuschen. Jacques Chirac ist nicht geneigt, kleine Brötchen zu backen. Im Gegenteil scheint er entschlossen, noch einige Pflöcke einzuschlagen. Um dies gleich zu Beginn seines letzten vollen Amtsjahres zu unterstreichen, wählte er mit Frankreichs nuklearer Abschreckung die exklusivste Domäne des Staatspräsidenten für eine Grundsatzzrede (siehe auch „Das Dokument“ in dieser Ausgabe, Anm. der Red.). Aufsehen erregte Chiracs Ansprache am 19. Januar im Hauptquartier der strategischen Streitkräfte auf der bretonischen Ile Longue bei Brest, weil der Präsident die „Force de frappe“ ausdrücklich in den Dienst der Terrorismusbekämpfung stellte. Eindringlich warnte Chirac „die Führer von Staaten, die versucht sind, auf terroristische Mittel gegen uns zurückzugreifen, oder planten, Massenvernichtungswaffen zu benutzen“. In diesen Fällen würde „eine entschlossene und angemessene Antwort“ nicht auf sich warten lassen. Chirac nannte keine Namen, doch durfte sich, da er auch „die Garantie unserer strategischen Versorgung“ unter die „vitalen Interessen“ Frankreichs zählte, der Öllieferant Iran besonders angesprochen fühlen. Dies umso mehr, als es die Islamische Republik unter ihrem radikalen Präsidenten Mahmud Ahmadineschad ist, die in nicht allzu ferner Zukunft über Nuklearwaffen verfügen wird. Nachdem die drei Verhand-

lungsführer der EU, Frankreich, Großbritannien und Deutschland, Teheran nicht von seinem Projekt der Uran-Anreicherung abhalten konnten, hat Chirac einen ersten Warnschuss abgegeben.

Interessant waren die unterschiedlichen Reaktionen in Deutschland und Frankreich. Während „Frankreichs neue Nukleardoktrin“ (*Süddeutsche Zeitung*) in der deutschen Presse wie eine Bombe einschlug, wurde Chiracs Rede im eigenen Land eher beiläufig zur Kenntnis genommen. Chirac hat bereits in einer Rede am 8. Juni 2001 den Einsatz der „Force de frappe“ gegen „regionale Mächte mit Massenvernichtungswaffen“ sowie gegen „terroristische Bedrohungen“ als militärische Option konturiert. Auch seine Ausführungen vom 19. Januar 2006 spiegeln nichts anderes wider als die hinlänglich bekannte Veränderung internationaler Machtverhältnisse und Bedrohungsszenarien. Dass dem Westen nicht mehr Gefahr aus Moskau droht, wohl aber von einem radikal-islamisch fundierten Terrorismus, ist längst Common Sense. Zwangsläufig ist die Doktrin der „massiven Vergeltung“ aus dem Kalten Krieges dem Konzept von gezielten und abgestuften, sprich taktischen Nuklearschlägen gewichen.

Dass der Zeitpunkt, an dem Chirac mit dem atomaren Zaunpfahl winkte, unglücklich gewählt war, steht auf einem anderen Blatt. Mit seinem rhetorischen Einschüchterungsversuch hat der Präsident die Eskalationsschraube im Streit mit dem Iran etwas angezogen, ohne damit im Mittleren Osten großen Eindruck schinden zu können. Dass ein Präsident auf Abruf mit dem Atomsäbel rasselt, kann man getrost unter jenen Soloparts abhaken, mit denen Frankreich im Konzert der Mächte so gern auf sich aufmerksam macht. Wichtiger ist der innenpolitische Effekt. Chirac hat sich als „chef des armées“ noch einmal in Szene gesetzt. Dabei war ihm auch daran gelegen, die französische Nukleardoktrin über seine eigene Amtszeit hinaus für die Nachfolger im Elysée-Palast zu justieren, die nicht mehr mit der Entwicklung der „Force de frappe“ politisch groß geworden sind. Um allen Einsparungsplänen entgegenzutreten, sprach der Präsident von den Kosten der Atomwaffen, die nicht zu hoch seien für die „glaubwürdige und dauerhafte Sicherheit“

Frankreichs. Nicht zuletzt bleibt die „Force de frappe“ eine Trumpfkarte, die Frankreich bei jener „gemeinsamen Verteidigung“ ausspielen kann, mit der sich „die Perspektive eines starken Europa“ abzeichnet.

Angela Merkel war gut beraten, sich nicht von den aufgeregten deutschen Reaktionen auf Chiracs Nuklear-Rede beeindrucken zu lassen, sondern den Präsidenten ihrer Solidarität zu versichern. Auch wenn das Verhandlungsangebot der EU-Troika von Teheran ausgeschlagen wird, ist die gemeinsame Diplomatie Europas im Falle Irans doch beispielhaft. Dazu gehört es auch, dass die Partner nicht gleich entrüstet die Stimme erheben, wenn sich einer von ihnen mal aus dem Fenster legt. Sicher ist Chirac aus der Reihe getanzt, aber nicht zuletzt, um seiner Idee einer „Europe forte“ Nachdruck zu verleihen.

Im Übrigen gibt es genügend Gesprächsstoff zwischen Berlin und Paris. Chirac macht es sich zu einfach, wenn er die EU-Verfassung abschreibt und kurzerhand seine alte Idee einer „Pioniergruppe“ der EU wieder auffrischt. Dazu liegen die Vorstellungen in vielen Bereichen wie der Energie-, der Industrie- oder auch der Bildungspolitik noch zu weit auseinander. Dagegen hat Bundeskanzlerin Merkel gute Gründe, am EU-Vertrag festzuhalten. Den in zweieinhalb Jahren vom Konvent mühsam erarbeiteten Kompromiss still-

schweigend über Bord zu werfen, nur weil diesem in zwei Nationen die Zustimmung verweigert wurde, erscheint wenig konstruktiv. Mit ihrem Vorschlag, dem Vertrag eine sozialpolitische Erklärung beizufügen, hat Frau Merkel Frankreich und den Niederlanden eine Brücke gebaut.

Dass sich mit der „nouvelle chancelière“ die Etikette im deutsch-französischen Umgang ändert, ließ sich bereits beobachten. Schulterklopfende Aufgeräumtheit ist nicht mehr gefragt. Auch mit galantem Handkuss kann Chirac Deutschlands erste Dame nicht einwickeln. Neue

„Schulterklopfende Aufgeräumtheit ist im deutsch-französischen Verhältnis nicht mehr gefragt.“

Dynamik wird die Partnerschaft ohnehin erst ab 2007 mit dem nächsten französischen Präsidenten bekommen. Dann aber könnte es wieder spannend werden. Während sich Nicolas Sarkozy seines guten Drahtes zu Angela Merkel rühmt, plädierte Dominique

de Villepin bereits als früherer Außenminister für eine enge deutsch-französische Union. Den beiden bürgerlich-konservativen Matadoren könnte nur noch Ségolène Royal die Show stehlen. Zumindest die Medien hofieren die Sozialistin als potenzielle Kandidatin der Linken. Nicht zuletzt für die deutsch-französische Symbolik wäre der Coup perfekt: Zwei Damen als Schrittmacher Europas. Die Zukunft der EU, sie hätte endlich Charme.